

# Internationale Rundschau

---

## Amerikanische Gewerkschaften im Wahljahr

Langfristige Planung auf wirtschaftlichem Gebiet ist in Amerika weitgehend den internen Programmen der Großkonzerne vorbehalten. Erst seit wenigen Jahren hat die Bundesregierung begonnen, Budgetprognosen für mehrere Jahre auf der Basis der bestehenden Programme aufzustellen. Der Kongreß hat seit zwei Jahren endlich ein gemeinsames Budgetkomitee mit einem eigenen Stab von Fachleuten, unter Leitung der fähigen *Alice Rivlin* von der *Brookings Institution*, einem liberalen Forschungsinstitut für öffentlich-wirtschaftliche Angelegenheiten. Damit wurde die Budgetberatung wenigstens teilweise dem politischen Tauziehen der Ressortkomitees entzogen und ein Element der Gesamtplanung und Prognose in die wichtigste Funktion des Kongresses eingebaut.

In den Gewerkschaften herrschen taktische Erwägungen gegenüber langfristiger Strategie vor. Das liegt zum Teil an der begrenzten Autorität der Gewerkschaftsspitze, zum Teil aber auch an einer traditionsgebundenen Haltung, die sich, gewiß nicht ohne Erfolg, auf die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder konzentriert. Nur einzelne Gewerkschaften bilden da eine Ausnahme.

### *Konjunktorentwicklung*

In diesem Jahr wird diese Haltung noch durch zwei Umstände bestärkt: durch die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise von 1974/75 und durch die bevorstehende Präsidentenwahl mit dem ihr vorausgegangenen Ausleseprozeß. Zwar hat die Konjunktur seit Mitte 1975 einen langsamen, aber bei allen Schwankungen ziemlich stetigen Aufstieg genommen. Die Industrieproduktion hat seit ihrem Tiefstand um etwa ein Achtel zugenommen und nähert sich damit wieder dem Vorkrisen-

niveau. Die Inflationsrate ging gleichzeitig von 12 vH auf 6 bis 6,5 vH zurück; ein Niveau, auf dem sie sich zu stabilisieren scheint, nachdem die Hoffnung auf einen weiteren Rückgang infolge des erneuten Anziehens der Lebensmittelpreise geschwunden ist.

Die Belebung der Industrieproduktion ist allerdings ungleich verteilt: Die für die Gesamtwirtschaft entscheidend wichtige Automobilindustrie erlebte einen starken Aufschwung. Dagegen liegt das Baugewerbe weiterhin völlig darnieder, und die Investierungspläne für Kapitalgüter zeigen trotz Steuervergünstigungen und Senkung der Zinssätze bisher nur mäßigen Auftrieb. Auch die Einzelhandelsumsätze stiegen kaum mehr als das Preisniveau. Aber im ganzen genommen ist die Panikstimmung von Anfang 1975 einem mäßigen Optimismus gewichen, der sich auch beim Konsumenten in der erneuten Bereitschaft zum Erwerb von Dauerkonsumgütern bemerkbar macht. Die Industriekonzerne haben allen Grund zum Optimismus, sind doch ihre Gewinne im ersten Halbjahr 1976 um 25 vH bis 30 vH gestiegen. Ein wichtiger Faktor war dabei die erhöhte Arbeitsproduktivität, die, wie üblich, in der ersten Phase der Konjunkturbelebung besonders rasch anstieg. Der wunde Punkt der konjunkturellen Erholung ist das Anhalten der Arbeitslosigkeit. Von ihrem Höchststand bei 9 vH im Mai 1975 ging sie in einem Jahr auf 7,3 vH zurück, um in den letzten Monaten erneut auf beinahe 8 vH anzusteigen. Die Zahl der Beschäftigten nahm zwar um etwa drei Millionen zu, die Zahl der Arbeitslosen sank aber nur um etwa 650 000 (auf 7,5 Millionen). Die Gesamtzahl der Arbeitskräfte stieg über das gewohnte Maß infolge des wachsenden Einströmens von Frauen in den Arbeitsmarkt. Darin drückt sich nicht nur der Wunsch oder die Notwendigkeit zum Doppelverdienenden aus, sondern auch die von der Frauenbewegung herbeigeführte Bewußtseinsänderung.

Aus Furcht vor erneuter Inflation verweigerte die Ford-Regierung allen weiter-

gehenden Plänen staatlicher Arbeitsbeschaffung ihre Zustimmung, und bis vor kurzem konnte der Präsident auch sein Veto im von den Demokraten beherrschten Kongreß durchsetzen. Erst Ende Juli konnte der Kongreß angesichts des näher rückenden Wahltermins das Veto des Präsidenten gegen ein gekürztes 3-Milliarden-Programm mit der nötigen Zweidrittelmehrheit überstimmen. Aber da die Mittel dafür erst noch bewilligt werden müssen, ist das Programm nicht viel mehr als eine Wahlgeste. Die übertriebene Sorge um die Inflation ließ Ford sogar seinen Arbeitsminister *Dunlop*, einen der wenigen fähigen Mitglieder des Kabinetts, in einer wichtigen Tarifverhandlung desavouieren und damit zum Rücktritt zwingen. Sein Nachfolger *William Usery* ist ein Karrierebeamter aus der Schiedsgerichtabteilung des Arbeitsministeriums; mit einer unnötig herzlichen Begrüßung der korrupten Teamster-Gewerkschaft trat er sein Amt nicht eben vielversprechend an.

#### *Tarifverhandlungen 1976*

Die nach wie vor hohe Arbeitslosenrate zwang die Gewerkschaften zu starker Zurückhaltung: Zur allgemeinen Überraschung hielten sich die Lohnabschlüsse in diesem Jahr in engen Grenzen. Selbst die Regierung rechnete damit, daß die Gewerkschaften versuchen würden, den im Vorjahr durch die Inflation erlittenen Verlust wettzumachen und erwartete für 1976 Lohn erhöhungen von etwa 10 vH. Statt dessen hielten sich die meisten Vereinbarungen bisher zwischen 6 und 7 vH, ergänzt durch begrenzte Angleichungen an die künftige Steigerung der Lebenshaltungskosten. Derartige Abschlüsse erfolgten unter anderem in der Bekleidungs- und Elektroindustrie sowie im Lkw-Transport. 70 000 Arbeiter der Gummiindustrie kämpften um 11 vH Lohn erhöhung mit einem Streik gegen Reifenfirmen, der nun schon vier Monate dauert. In der beispielgebenden Autoindustrie begannen die Verhandlungen für die im September ablaufenden Tarifverträge in einem gegenseitig konzilian-

ten. Nach der Erfahrung mit den Massenentlassungen des vorigen Jahres, die zur raschen Erschöpfung der zusätzlichen privaten Unterstützungsfonds führten, wollte die Gewerkschaft die Betonung auf Sicherung des Arbeitsplatzes legen und einen ersten Vorstoß in Richtung Mitbestimmung nach deutschem Vorbild machen. Inzwischen kamen die Quartalberichte der Autofirmen mit ihren Rekordgewinnen heraus, und die Gewerkschaft wird ihre Verhandlungstaktik auf eine namhafte Lohnerhöhung umstellen müssen. Für eine echte Mitbestimmung ist die Zeit noch nicht reif; ein einzelner Sitz im Aufsichtsrat als Public-Relations-Zugeständnis ist vielleicht erreichbar.

Die hochbezahlten Facharbeiter im Baugewerbe haben angesichts der hier herrschenden 50prozentigen Arbeitslosigkeit nicht nur auf Lohnerhöhung verzichtet, sondern in manchen besonders darniederliegenden Regionen für gewisse Wohnbauprojekte eine erhebliche Lohnsenkung und die Aufgabe kostspieliger Sonderbestimmungen offeriert. Damit haben sie freilich nur einen de facto bestehenden Zustand offiziell gemacht.

In einer besonders schwierigen Situation befinden sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, dem seit Jahren wichtigsten Wachstumssektor in der Gewerkschaftsbewegung. Nicht nur sind ihren Forderungen von jeher Grenzen gesetzt durch die Schwierigkeit, die zu ihrer Erfüllung nötigen - Steuerquellen zu finden; in dem langjährigen und durch die Rezession verstärkten sozialen Verfallprozeß der Großstädte stehen viele Gemeindeverwaltungen vor dem fiskalischen Bankrott. Die Situation ist um so prekärer, als die Bundesregierung, die einzige finanzielle Rettungsquelle, ihre Hilfe entweder verweigerte oder an strikte Sparmaßnahmen knüpfte. So sahen sich Städte und Einzelstaaten zum Personalabbau in allen Abteilungen gezwungen. Bei den dabei unvermeidlichen Auseinandersetzungen schnitten die Gewerkschaften der schlechtestbe-

zahlten Dienste am ungünstigsten ab. So konnten sich die hochbesoldete Polizei und Feuerwehr durch Streikdrohung zur Wehr setzen; die Lehrgewerkschaft mußte zwar auf eine fällige Gehaltserhöhung verzichten, konnte sich aber durch politischen Druck einen höheren Anteil am finanziellen Kuchen sichern. Dagegen konnte das nichtmedizinische Personal der städtischen Krankenhäuser (in seiner Mehrzahl farbige Arbeiter) nach einem kurzen Streik eine dritte Entlassungswelle nur dadurch rückgängig machen, daß es auf die vertraglich fällige Angleichung seiner ohnedies niedrigen Löhne an die Lebenshaltungskosten verzichtete. Hier öffnen sich Spannungen auch zwischen einzelnen Gewerkschaften, die auch in die Politik der Gesamtbewegung hinüberspielen; sie haben *Jerry Wurf* von der Gewerkschaft der einzelstaatlichen und städtischen Angestellten zum Dissidenten in der AFL/CIO-Exekutive gemacht.

#### *Gewerkschaften und Präsidentenwahl*

Die politische Schlagkraft der Gewerkschaften ist bei der Präsidentenwahl (nicht bei Kongreß- und Länderwahlen) durch interne Spannungen und Mangel an zentraler Perspektive gehemmt. Gerade weil die Autorität der Gewerkschaftsspitze infolge der Autonomie der Einzelgewerkschaften begrenzt ist, ist ihre Hauptrolle die eines öffentlichen Sprachrohrs für die Arbeitnehmer, und sie könnte als solches mit fortschrittlichen Ideen eine wichtige Funktion ausüben. Aber diese Rolle erfüllt sie seit Jahren nur ungenügend, beherrscht von der Autorität des über 80jährigen *George Meany*. In der Präsidentenwahl von 1972 ging er zwar nicht so weit wie *Fitzsimmons*, der korrupte Leiter der außerhalb des Verbandes stehenden korrupten Teamster-Gewerkschaft, der zur Belohnung für seine Wahlhilfe zu *Nixons* Golfpartner aufrückte. Aber *Meany*s Neutralität bedeutete eine De-facto-Unterstützung für Nixon gegen den linksdemokratischen Kandidaten *McGovern*. Auch in diesem Jahr setzten *Meany* und die von ihm beherrschte Verbandsspitze unter den

Bewerbern um die demokratische Kandidatur auf die ältesten und konservativsten: *Jackson* und *Humphrey*. Mit deren Hilfe hoffte er vergeblich, *Carters* Siegeszug aufzuhalten — den er dann nach dem Parteitag in erzwungener Eile seiner Unterstützung versicherte.

Andererseits standen wie 1972 die Führer wichtiger Einzelgewerkschaften entweder Carter oder dem liberalen Spitzenkandidaten *Udall* nahe und wandten sich mehr und mehr Carter zu, als dieser sich als attraktive neue politische Persönlichkeit mit fortschrittlicher Grundeinstellung profilierte. Schon Ende 1975 hatte sich eine lockere Koalition von acht Gewerkschaften, das *Labor Coalition Clearinghouse*, formiert mit dem Ziel, den Gewerkschaften durch Vertretung unter den Delegierten eine einflußreiche Stimme auf dem demokratischen Parteitag zu sichern. Die Koalition stellte schließlich über zwei Drittel der Gewerkschaftlerdelegierten. Sie umfaßte zwei außerhalb des Verbands stehende Organisationen: die UAW (Autoarbeiter) und die NEA (Lehrerverband, nicht zu verwechseln mit der UFT, *Albert Shakers* Meany-treuer Lehrgewerkschaft). Von AFL/CIO-Gewerkschaften waren an der Koalition beteiligt: Metallarbeiter, Bergarbeiter, Kommunikationsarbeiter, eine der beiden Elektro-Arbeiter (IUE), Länder- und städtische Angestellte und Druckgewerbe. Möglich, daß diese Koalition nicht mehr als eine vorübergehende Ad-hoc-Organisation darstellt; doch ist denkbar, daß sie sich zum Kern für eine Neuausrichtung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung entwickelt. Sie könnte weiteren Auftrieb erhalten, falls die Stahlarbeiter bei ihrer bevorstehenden Vorstandswahl den Oppositionskandidaten *Edward Sadlowski* zum Vorsitzenden wählen.

#### *Präsident Carter?*

Der Wahlsieg Carters, der sich in Senator *Mondale* den wohl liberalsten und gewerkschaftsfreundlichsten Politiker als Vizepräsidenten beigesellte, kann als

ziemlich sicher gelten. Falls er, wie wahrscheinlich, mit überwältigender Mehrheit zustande kommt, wird er die ohnedies bestehende demokratische Mehrheit in Senat und Abgeordnetenhaus noch verstärken und, ebenso wichtig, liberalisieren. Damit sind die Vorbedingungen für eine Reformpräsidentschaft gegeben, wie sie seit 1964, ja vielleicht seit 1932 nicht mehr gegeben waren. Was können die Arbeitnehmer, was können die Gewerkschaften von seiner Präsidentschaft erwarten?

Soweit sich seine Grundhaltung feststellen läßt, ist sie auf Schutz und Stützung der wirtschaftlich und sozial Schwachen ausgerichtet; bei einem Mann des Südens schließt das nicht unbedingt auch die Gewerkschaften ein. So hat er in einem für die Gewerkschaften organisatorisch wichtigen Punkt nur eine lauwarmer Zusicherung gegeben: in bezug auf die Abschaffung des Paragraphen 14 des *Taft-Hartley-Gesetzes*, der vielen Einzelstaaten die Aufrechterhaltung sogenannter „Right-to-Work“-Gesetze ermöglicht, wonach der Arbeitsplatz nicht von der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit abhängig gemacht werden darf — ein Punkt, der die gewerkschaftliche Organisation vor allem in Südstaaten sehr erschwert hat.

Im übrigen aber stimmt Carters sozialpolitisches Programm, soweit es bisher sichtbar wurde, weitgehend mit den Interessen der Arbeiter und den Zielen der Gewerkschaften überein. Er hat die Reduzierung der Arbeitslosigkeit zum Prioritätsziel gemacht, das er freilich mehr durch

Stimulierung der Privatwirtschaft als durch staatliche Arbeitsbeschaffung zu erreichen sucht. Darüber hinaus will er die besonders hohe und in ihren sozialen Folgen besonders destruktive Arbeitslosigkeit der farbigen Gettojugend in den Großstädten durch ein gezieltes Sonderprogramm anpacken. Wie schon als Gouverneur von Georgia will er Neger in hohe Posten mit Entscheidungsmacht in Angelegenheiten der Allgemeinheit einsetzen; man spricht auch von einem Kabinettposten für *Leonard Woodcock* von der UAW. Das gegenwärtige ebenso unzureichende wie kostspielige Mosaik von öffentlicher und privater Krankenversicherung soll endlich durch ein allgemeines staatliches System ersetzt werden. Schließlich will er im Lauf eines Jahres ein umfassendes Programm der Steuerreform vorlegen, das die Steuerlast von den unteren auf die oberen Einkommenschichten verschiebt.

Carter ist sichtlich bestrebt, das Image einer jungen, pragmatischen Führung zu geben. Seine Wahl wird große Hoffnungen erwecken, auch wenn die aus der Verzweiflung der Depression geborene Begeisterung fehlt, die seinerzeit *Roosevelts New Deal* befeuerte. Falls es ihm mit der Durchführung seines Sozialprogramms ernst ist — und es besteht bisher kein Grund, daran zu zweifeln —, wird er alle verfügbaren Kräfte zu seiner Verwirklichung mobilisieren müssen, nicht zuletzt die aller Gewerkschaftsorganisationen, innerhalb oder außerhalb der AFL/CIO.

*George Günther Eckstein*